

1918 – Das Revolutionsgeschehen in Marbach*

von Hermann Schick

Man kann in Marbach eigentlich nicht von Revolutionsgeschehen reden, denn es hat hier keine Revolution stattgefunden. Aber die Revolution, die anderswo, etwa in Berlin, Kiel oder München, zum Umsturz geführt hat, hat sich auch in Marbach ausgewirkt und auch hier Spuren hinterlassen. Wenn wir aber das hiesige Geschehen als Fernwirkung von auswärtigen Ereignissen sehen, dann müssen wir zuerst untersuchen, auf welche Weise Nachrichten nach Marbach kamen und was die Marbacher Bürger vom auswärtigen Geschehen wissen konnten.

Wichtigste Quelle vor hundert Jahren war zweifellos die örtliche Zeitung, der »Postillon«. Sie erschien viermal in der Woche, montags, mittwochs, freitags und als Wochenendausgabe etwas reicher an Umfang samstags. Sie bezog die Nachrichten von verschiedenen Presseagenturen und druckte sie gewöhnlich unkommentiert ab. Eine redaktionelle Bewertung der Wichtigkeit ist nicht erkennbar, und es gab zwar einzelne Überschriften, aber keine Schlagzeilen. Für das örtliche Geschehen sind wir zusätzlich über Anzeigen unterrichtet; allerdings erschien nicht über alles, was angekündigt wurde, dann auch ein Bericht. Die Erscheinungsweise und die damaligen Kommunikationsmöglichkeiten ließen die Zeitung dem aktuellen Geschehen immer ziemlich hinterherhinken. Mit der Aktualität war es nicht weit her. Man konnte die Zeitung nur im Abonnement beziehen, es gab keinen Einzelverkauf. Wir können daher auch davon ausgehen, dass die einzelnen Ausgaben von mehreren Personen gelesen und vielfach auch an Nachbarn weitergegeben wurden.

Neben der Lokalzeitung bezogen einzelne Marbacher auch auswärtige Blätter wie den liberal-konservativen »Schwäbischen Merkur« oder die sozialdemokratische »Schwäbische Tagwacht«. Diese hingen auch in einigen Gaststätten für die Kunden aus.

Marbacher Zeitungsleser konnten daher im Sommer 1918 wissen, dass die Kriegslage schlecht war und dass die Reichsregierung sich um einen günstigen Friedensschluss bemühte. Aber noch standen deutsche Truppen in Frankreich, hatten nahezu ganz Belgien besetzt und das revolutionäre Russland zum Frieden von Brest-Litowsk gezwungen. Die Beurteilung der Lage durch die Oberste Heeresleitung, die nicht mehr an einen deutschen Sieg glaubte, war freilich nicht allgemein bekannt. Aber man spürte die schlechte Versorgungslage am eigenen Leibe.

Der am 3. Oktober vom Kaiser zum Reichskanzler ernannte Prinz Max von Baden versuchte, durch eine Verfassungsreform den inneren Frieden zu bewahren und zugleich den Forderungen der Feindmächte entgegenzukommen. Worum

* Leicht überarbeitete Fassung eines am 15. Oktober 2018 beim Schillerverein Marbach gehaltenen Vortrags.

es dabei ging, erläuterte der »Postillon« am 2. Oktober 1918 seinen Lesern: »Das Volk soll in seinen nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählten Vertretern seine Regierung selbst in die Hand nehmen in der Weise, dass der Block der zusammen stimmenden Mehrheit die Regierung bildet, der der Block der Minderheit gewissermaßen als verfassungsmäßige Opposition gegenübersteht. Diese grundsätzliche Umformung des Verfassungslebens soll in der Reichsverwaltung, sodann aber auch in den Bundesländern und vor allem in Preußen zur Geltung gebracht werden.« Für die Zeitgenossen war von besonderer Bedeutung, dass eine Opposition nicht mehr nur erlaubt, sondern vom Gesetz vorgesehen war. Wer die Regierung kritisierte, war damit nicht mehr schon von vornherein ein Staatsfeind. Eine so grundsätzliche Änderung konnte jedoch nicht innerhalb kurzer Zeit ins allgemeine Bewusstsein dringen.

Dies alles konnte man in Marbach wissen, aber wie stand es mit der allgemeinen Stimmung? Hier sind wir ganz auf den »Postillon« angewiesen, und dessen Berichterstattung und Stellungnahmen waren nach wie vor national und regierungstreu. Es gab noch keine Meinungsumfragen, und wer sich in Kriegszeiten gegen die Regierung stellte und dies öffentlich kundtat, der brauchte eine feste Überzeugung und eine gehörige Portion Mut. Deshalb ist es kein Wunder, dass aus Marbach aus den letzten Kriegsmonaten nur Stimmen überliefert sind, die nicht an einem deutschen Sieg zweifelten und zum Durchhalten aufforderten.

Im Sommer 1918 stiftete Otto Güntter, der Direktor des Schillermuseums und Marbacher Ehrenbürger, ein sogenanntes Kriegswahrzeichen, das am 2. Juni in einem feierlichen Akt vor dem Rathaus aufgestellt wurde. Dazu zog ein Festzug, bestehend aus Militärmusik, den in Marbach einquartierten Soldaten, dem Kriegerverein, dem Militärverein und der Sanitätskolonne, vom Wilhelmsplatz zum Rathaus. Das Kriegswahrzeichen wird beschrieben als eine große Tafel mit einem Schillerkopf im Relief in der Mitte, umrandet von dem Sinnspruch aus Schillers »Jungfrau von Orleans« (II,10): »Was ist unschuldig, heilig, menschlich gut, wenn es der Tod nicht ist fürs Vaterland?« Leider ist die genaue Konstruktion dieses »Wahrzeichens« nicht bekannt, aber es muss die Möglichkeit bestanden haben, irgendwo gegen eine Spende Nägel einzuschlagen. Der Erlös der Nagelaktion sollte der Marbacher Kriegshilfe und dem Roten Kreuz zugutekommen.

Ein Vierteljahr später lud am 4. September das Stadtschultheißenamt zu einem Vortrag »Der Weg zum Frieden« des Privatdozenten Dr. Hans Henning von der Technischen Hochschule Braunschweig in den Saal des Hotels »Post« ein. Der Redner war im Hauptberuf Gymnasiallehrer in Berlin-Charlottenburg und muss bei seinem Besuch in Marbach ziemlich jung gewesen sein. Der »Postillon« nannte ihn einen in ganz Deutschland bekannten Redner, weshalb anzunehmen ist, dass er in offiziellem Auftrag als Propagandaredner durch das Land reiste. Der Saal im Hotel »Post« sei bis auf den letzten Platz gefüllt gewesen, wobei die damaligen Zeitungsleser allerdings wussten, dass der Saal in der »Post« zu den kleineren Sälen in Marbach gehörte.

Aus dem Zeitungsbericht sei zitiert: »Man kann ohne Übertreibung sagen, dass in unserer Stadt ein solcher Vortrag noch nicht gehört wurde. Mit allen Mitteln rednerischer Kunst und mit aller Kraft überzeugender Sprache, die sich überall auf Tatsachen stützte, zeigte uns der Redner in 1 ½ Stunden dauernden, stets



Marbacher Nagelbild mit Schiller-Portrait.

fesselnden Ausführungen, dass der Weg zum Frieden durch den Sieg führt – Hindenburg und die Tapferen an der Front haben Russland zertrümmert, England durch den U-Bootkrieg in die größten Schwierigkeiten gebracht und führen überall den Krieg im Herzen der feindlichen Länder. In einer meisterhaften Charakteristik unseres großen Feldmarschalls Hindenburg, in einer glücklich gezeichneten Übersicht über den bisherigen Verlauf des Krieges versuchte Dr. Henning überzeugend darzutun, dass wir keinen Grund zur Verzweiflung oder Besorgnis haben. Wie die Feinde uns nicht klein kriegen können, so haben sie uns auch wirtschaftlich nicht zu vernichten vermocht. Deutschland kann überhaupt nur besiegt werden, wenn seine Bewohner Deutschlands Untergang wollen. Darum müssen wir alle vor der Welt unseren Willen zum Sieg dartun, indem wir den Kleinglauben in der eigenen Brust bekämpfen, wie das kritiklose oder böswillige Gerede all der Kummerziegen und Grinspudel, deren miesmacherische Reden uns nichts nützen, oder die Geschäfte der Feinde besorgen. [...] Nur der gewinnt den Krieg,

der die stärksten Nerven behält, und dazu können wir uns zwingen. [...] Und nun folgte eine wundervolle Charakteristik des größten Sohnes unserer Stadt, den der Redner mit feinem Verständnis und großer Sachkenntnis als den Bannerträger im Kampf gegen innere Schwäche, Kleinmut und innere Genussgier hinstellte, als ein großes Beispiel heiligster Pflichterfüllung und eines tatkräftigen Idealismus feierte. [...] Mit einem jubelnd und begeistert aufgenommenen Hoch auf das ganze deutsche Volk schloss unter nicht enden wollendem Beifall der Redner seine nicht genug zu beherzigenden Ausführungen.«

Weil man nun den Propagandaredner am Ort hatte und dieser auch noch ein Schulmann war, nutzte man seine Anwesenheit am folgenden Samstag zu einer Schillerfeier für die Schüler aller Schulen am Schillerdenkmal. Die Feier war öffentlich, außer sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen erschienen dazu auch der Stadtschultheiß und »mehrere Damen und Herren der Stadt«. Wieder sprach Dr. Henning, der, so berichtete die Zeitung, in einer dreiviertelstündigen Ansprache »in glücklicher Vermischung von Ernst und Scherz« ein Bild vom Weltkrieg gab. Am Schluss seiner mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Rede forderte er alle Anwesenden auf, getreu im Geiste Schillers auszuhalten und »dem Vaterland zu geben, was das Vaterland von uns zu fordern berechtigt ist«. Da keiner der anwesenden Schüler älter als 14 Jahre gewesen sein dürfte, werden diese kaum eine Vorstellung davon gehabt haben, was das Vaterland von ihnen forderte.

Drei Wochen später erschien im »Postillon« fettgedruckt ein Aufruf mit der Überschrift »Michel wach auf!«. In leidenschaftlichen Worten wurde darin der deutsche Michel, was wohl heißen sollte: das deutsche Volk, aufgerufen, sich aufzuraffen und den Sieg zu erringen. Am Schluss des Aufrufs heißt es: »Wach auf! Es mahnt der Tag. Steh auf! Nimm' deine Waffen und schlage drein, dass die Lappen fliegen und bald wird der Friede kommen. Und ihr törichten, verblendeten Franzosen, Engländer und Amerikaner, euch werden die Augen aufgehen, wenn der deutsche Michel wieder erwacht wie anno 1914. Er erwacht sicher wieder und wenn er erst erwacht, wenn ihr am Rheine stehet. Dann wehe euch! Dann werdet ihr den deutschen Zorn und Löwenmut von neuem kennen lernen, dass euch Hören und Sehen vergeht. Ihr Heuchler! Ihr betrogenen Betrüger!! Ihr täuscht euch! Es war nicht Schwäche und Feigheit, die uns die Friedenshand ausstrecken ließ, sondern echte Friedensliebe. Deutscher Michel wach auf! Die Entscheidung naht! Es geht nach wie vor um Haus und Hof, um Weib und Kind!« Der Verfasser des mit »Ernst« gezeichneten Aufrufs glaubte wohl, die Kräfteverhältnisse seien im September 1918 noch die gleichen wie zu Beginn des Krieges und mit dem nötigen Einsatz werde der deutsche Sieg möglich sein.

Mitte Oktober wurde die in Marbach stationierte Ersatzkompanie wegverlegt und Marbach hatte, wie der »Postillon« berichtete, nach drei Jahren keine Garnison mehr. Gleichzeitig sollte das als Lazarett dienende Bezirkskrankenhaus mit weiteren Verwundeten belegt werden. Darauf war das Krankenhaus aber nicht vorbereitet, deshalb erging ein Aufruf an die Einwohnerschaft, man möge Bettstellen, Matratzen und Strohsäcke zur Verfügung stellen.

Die Offiziere der abrückenden Kompanie trafen sich mit Honoratioren der Stadt zu einem Abschiedsabend im Hotel »Post«. Der »Postillon« zitierte aus der Ansprache, die Stadtschultheiß Forstner dabei hielt, und daraus wird deutlich,

dass man sich in diesem Kreis des Ernsts der Lage noch nicht bewusst war. Forstner wird zitiert, »er hoffe, dass mit der Verlegung der Kompanie die Beziehungen zum Regiment ›Altwürttemberg‹ nicht abgebrochen seien und gedachte des Weiteren der ruhmreichen Taten des Regiments während des Krieges, das zu den weiteren Ruhmesblättern neue glorreiche Waffentaten der Geschichte des Regiments anreihete«.

Einer der Anwesenden in der »Post« war der Fabrikant Ernst, vermutlich der Verfasser des Aufrufs »Michel wach auf!«, und mit »Ernst« ist auch ein Leserbrief gezeichnet, der am 4. November gegen die Ankündigung eines Tanzkurses durch einen Stuttgarter Tanzlehrer protestierte. Er schrieb u.a.: »Tanzkurs! Man greift sich an den Kopf. Welche Herren und Damen wagen es mit gutem Gewissen, jetzt zu tanzen, in der Schicksalsstunde des Vaterlandes. Draußen bluten und sterben sie, und zu Hause wird getanzt nach den Schandklängen undeutscher Musik. Kein Wunder, dass die Stimmung der Feldgrauen ist: Wucher, Lug und Trug, Ungerechtigkeiten, Leichtsinn und Genussucht. Für solche Menschen soll man noch mit Begeisterung kämpfen. Dem Herrn Tanzlehrer könnte von der Militärverwaltung eine bessere Beschäftigung gegeben werden. Den Teilnehmern sei Körners Gedicht ›Männer und Buben‹ empfohlen. [...] Die ganze Erscheinung ist ein Zeichen des Niedergangs und trägt weiter dazu bei, den Geist des Leichtsinns und der Gleichgültigkeit zu verbreiten. Warum wird das geduldet?«

Das angeführte Gedicht von Theodor Körner, auf das der empörte Leserbriefschreiber verweist, kennt heute niemand mehr, deshalb seien wenigstens zwei Strophen daraus zitiert:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!
Wer legt noch die Hände feig in den Schoß?
Pfui über dich Buben hinter dem Ofen,
Unter den Schranzen und unter den Zofen!
Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
Ein deutsches Mädchen küßt dich nicht,
Ein deutsches Lied erfreut dich nicht,
Und deutscher Wein erquickt dich nicht. –
Stoßt mit an, Mann für Mann,
Wer den Flamberg schwingen kann!

Wenn wir vorm Drange der würgenden Schlacht
Zum Abschied ans ferne Treuliebchen gedacht,
Magst du zu deinen Mätressen laufen
Und dir mit Golde die Lust erkaufen.
Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
Ein deutsches Mädchen küßt dich nicht,
Ein deutsches Lied erfreut dich nicht,
Und deutscher Wein erquickt dich nicht. –
Stoßt mit an, Mann für Mann,
Wer den Flamberg schwingen kann.
(Flamberg: beidhändig geführtes Schwert)

Der patriotische Leserbrief erschien am Montag im »Postillon«, am Samstag darauf dankte der Kaiser ab. Wie dieses Ereignis den Leserbriefschreiber getroffen hat, wissen wir natürlich nicht. Dass jedoch große Veränderungen in der Luft lagen, spürte man auch in Marbach, und wir sehen es daran, dass an jenem Sonntag keine Feiern zu Schillers Geburtstag stattfanden.

Die Zeitung berichtete von der Meuterei von Matrosen der Kriegsmarine, sie meldete auch, dass in Bayern die Republik ausgerufen worden war und von der Flucht des bayerischen Königs. Am Samstag, 9. November, wurde in Berlin die Republik proklamiert und die Abdankung des Kaisers wurde verkündet. Der folgende Sonntag war Schillers Geburtstag, an den aber wegen der Zeitverhältnisse in Marbach nur durch das Läuten der Schillerglocke erinnert wurde. An diesem Sonntag überschritt der Kaiser die niederländische Grenze. Seine Wahl fiel deshalb auf die neutralen Niederlande, weil die Gefahr bestand, dass er auf dem Weg vom belgischen Spa in die Schweiz von meuternden Soldaten aufgehalten werden würde. Außerdem konnte er nicht sicher sein, dass ihn die Schweiz nicht an die Feindmächte ausliefern würde, wenn diese es verlangten. Dies konnte man also am Montag, dem 11. November, in Marbach wissen.

Die erste Reaktion am Ort auf das Geschehen in Berlin und Stuttgart scheint auf Einladung der SPD eine Volksversammlung am Dienstagnachmittag auf dem Wilhelmsplatz gewesen zu sein. Bürger aus allen Kreisen sowie Arbeiter und Arbeiterinnen in großer Zahl hätten sich beteiligt, so berichtete die Zeitung. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Bildhauer Schenk im Namen des Arbeiterrates. Schenk war Holzbildhauer in einer der Marbacher Möbelfabriken, und schon vor dem Krieg der führende Kopf der Marbacher Sozialdemokraten, und er blieb es bis 1933. Nach dem Zweiten Weltkrieg machten ihn die Amerikaner zum Bürgermeister.

An dieser Stelle ist nun eine Abschweifung erforderlich. Im Laufe des Krieges war es innerhalb der Arbeiterbewegung zu Spaltungen gekommen, die zunächst 1914 durch die Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion im Reichstag zu den



*Wilhelm Schenk (1879–1953)
als Soldat im Ersten Weltkrieg.*

Kriegskrediten ausgelöst wurde. Die erfolgreiche russische Revolution von 1917 konnte dann den radikalen Abweichlern als Vorbild dienen. Die russischen Revolutionäre hatten Räte (russisch: Sowjets) gebildet, die den Willen der Basis umsetzen sollten. Aus der Gesamtheit der Sowjets entstand dann die Sowjetunion. Diesem Beispiel folgten auch die Revolutionäre in Deutschland, und die Bildung von Räten der verschiedensten Art wurde 1918 in Deutschland ein Kennzeichen der Revolution. Zuerst entstanden in den Kriegshäfen Soldatenräte, dann gründeten radikale Arbeiter in Berlin und anderen Industriestädten Arbeiterräte. In München gab es einen Rat der geistigen Arbeiter, in Hannover gab es einen Bauernrat, in Hessen gab sich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat den Namen Volksrat, und die neue Reichsregierung unter Friedrich Ebert nannte sich »Rat der Volksbeauftragten«.

Schon am 4. November wurde in Ludwigsburg ein Soldatenrat gegründet, und in Marbach bezeichnete das Lokalblatt den Bildhauer Schenk bei der genannten Versammlung vom 12. November als »Vorsitzenden des Arbeiterrates«. Dieser Arbeiterrat nannte sich »provisorisch«, weil er als Zusammenschluss einiger engagierter Arbeiter entstanden war. Diese Männer wussten aber, dass sie eigentlich keine Legitimation hatten, weshalb sie für den folgenden Sonntag, den 17. November, zu einer Wahl aufriefen. Sie sollte im Gasthaus »Stern«, dem traditionellen Lokal der Sozialdemokraten in der Niklastorstraße 11, mittags um halb ein Uhr stattfinden. Wahlberechtigt waren alle Arbeiter, die älter als 20 Jahre waren. Über weitere Modalitäten ist nichts bekannt. So viel zunächst zum Arbeiterrat.

Nun aber zurück zu Schenk und der ersten Versammlung. Er führte aus, dass mit dem Ende des Krieges die Autokratie und der Militarismus in Deutschland zusammengebrochen seien und dass damit die Gewaltherrschaft ein Ende gefunden habe. Hauptredner war dann der Landtagsabgeordnete Albert Pflüger, der zu der Stuttgarter Parteiführung gehörte und schon 1914 als Gegner des Krieges hervorgetreten war.

Die allgemeine Verwirrung und Ungewissheit jener Tage ist daraus zu sehen, dass Pflüger eine Meldung gehört hatte, in Paris sei Ministerpräsident Clemenceau gestürzt worden, was er als den Ausbruch der Weltrevolution deutete. Für diesen Fall, hoffte er, würden die barbarischen Waffenstillstandsbedingungen hinfällig, die zur Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens, zu Kohlennot und Arbeitslosigkeit, Hungersnot und Elend führen würden. Was Pflüger als Gerücht referierte, fand sich übrigens auch als redaktionelle Nachricht in der gleichen Ausgabe des »Postillon«. Der Redner ging jedoch nicht weiter darauf ein, sondern beschäftigte sich im Folgenden mit der Entwicklung des Krieges und der Revolution. Die Sozialdemokratie sei gegen den Krieg gewesen, habe ihn aber nicht verhindern können. Durch einen »Verständigungsfrieden«, wie ihn Philipp Scheidemann schon 1914 forderte, hätten Hunderte von Millionen Kriegskosten eingespart werden können. Dass dabei die Millionen von Kriegsopfern nicht erwähnt wurden, mag an dem Berichterstatter des »Postillon« liegen. Pflüger befürwortete eine Vermögensabgabe zur Tilgung der Kriegsschulden, und er beruhigte die Bauern, die von der SPD keine Enteignung befürchten müssten, doch sollten sie auch ihre Pflicht gegenüber der Gesamtheit

Sozialdemokratischer Verein Marbach.
Samstag Abend 8 Uhr
Versammlung
im Stern.
Neueintretende sind willkommen.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein und
Vereinigte Gewerkschaften Marbach a. N.

Wahl des Arbeiterrats
Sonntag Nachm. 12¹/₂ Uhr im „Stern“.
Alle über 20 Jahre alten Arbeiter sind wahlberechtigt.

Anzeigen im »Postillon« vom 15. November 1918.

völkerung erfüllen. Er kündigte ein neues Wahlrecht an, durch das auch Frauen über 21 am Staatsaufbau Anteil nehmen könnten, nachdem sie im Krieg fast Übermenschliches an Männerarbeit geleistet hätten. Mit der Aufforderung, Ruhe zu bewahren, damit im Interesse des Volkes die erstrittene Staatsverfassung sich entwickeln könne, schloss er seine Rede.

Es war insofern eine merkwürdige Revolutionsrede, als an ihrem Schluss nicht ein flammender Appell zu irgendwelchen Taten stand, sondern die Aufforderung, Ruhe zu bewahren. Es gab freilich in Marbach auch nichts, an dem revolutionäre Empörung sich hätte austoben können.

Eine Woche später erfuhren die Zeitungsleser das Ergebnis zur Wahl des Arbeiterrates. Aus 13 Kandidaten waren sechs Räte gewählt wurden. Ihre Namen waren alle schon vor dem Krieg auf sozialdemokratischen Wahlzetteln erschienen. Zu ihrem Vorsitzenden wählten sie Wilhelm Schenk.

Über die Funktion des Arbeiterrates konnte man lesen, dieser habe die Aufgabe, in der schweren Zeit der Übergangswirtschaft mitzuwirken, vor allem in der Lebensmittelversorgung, um Störungen, die verhängnisvoll wirken könnten, zu verhüten. Weiter hieß es: »Einer gerechten Verteilung ist vor allem Beachtung zu schenken. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für vom Heere Entlassene ist bereits geregelt, da von den Herren Fabrikanten in einer gemeinsamen Sitzung dem provisorischen Arbeiterrat die Zusicherung gegeben wurde, die früher Beschäftigten wieder einzustellen. In dieser Angelegenheit waren bereits vorher schon mit Herrn Oberamtmann Bertsch Anfragen an sämtliche Arbeitgeber des Oberamts gestellt, die erfreulicherweise fast restlos in zustimmender Weise beantwortet wurden.« Bei eintretender Wohnungsnot wende man sich an den Arbeiterrat. Über die Aktivitäten des Arbeiterrates konnten bis jetzt keine Aufzeichnungen gefunden werden.

Aber nicht nur unter den Marbacher Arbeitern hielt man die Einrichtung von Räten für ein geeignetes Mittel, um mit den anstehenden Problemen fertig zu werden. In einer gemeinsamen Versammlung der Volkspartei und der Nationalliberalen wurde gefordert, dass die Bürgerschaft sich enger zusammenschließen und einen Bürgerrat gründen solle, ehe es dafür zu spät sei. Warum es zu spät sein könnte, wird allerdings nicht klar. Auch fehlen alle Angaben darüber, worin die Aufgaben eines Bürgerrates denn bestehen sollten. Es kam dann nicht zu einer solchen Gründung.

In den folgenden zwei Wochen tat sich in Marbach nicht viel. Das Leben ging seinen gewohnten Gang, und nur der »Postillon« berichtete in einer eigenen Spalte über die »Umwälzungen im Reich«. Zwei Wochen nach der Ausrufung der Republik veranstalteten die Sozialdemokraten in der »Krone« eine Versammlung, von der es hieß, dass sie von Männern und Frauen aus allen Berufskreisen so zahlreich besucht war, dass der geräumige Saal bis auf den letzten Platz dicht gedrängt voll war. Angekündigt als Redner war der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil, der den Wahlkreis seit 1910 im Reichstag vertrat. Er gehörte zu den führenden Genossen in Stuttgart und war nach dem Zweiten Weltkrieg noch Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden, zuletzt bis 1952 als dessen Präsident.

In jenen Tagen war Keil als Redner so gefragt, dass die Marbacher Versammlung an jenem Tag seine neunte war, zu der er dann mit dreiviertelstündiger Verspätung erschien. Der »Postillon« berichtete ausführlich über die einstündige Rede mit den Schwerpunkten Ursachen des Krieges und der Revolution, die augenblickliche Lage und die künftige politische Gestaltung im Reich. Die Ursachen der Revolution seien, so Keil, nicht allein in dem unglücklichen Ausgang des Krieges, sondern auch darin zu suchen, dass aus dem deutschen Agrarstaat ein Industriestaat geworden sei, in dem die Arbeiterklassen nicht die ihnen gebührenden Rechte genossen, ferner das preußische Klassenwahlsystem und die während des Krieges aufgetretenen Missstände. Nach der Heimkehr der Soldaten müssten in Land und Reich rasch gesetzgebende Körperschaften

geschaffen werden, um den Feindmächten keinen Vorwand für einen Einmarsch ins Reich zu geben. Unter den Maßnahmen für die Zukunft nannte er die Verstaatlichung großer Betriebe, eine restlose Beschlagnahme der Kriegsgewinne und den Ausbau der Erbschaftssteuer. Unter den Sachgebieten der sozialen Gesetzgebung zählte er auf: Arbeiterschutz gegen Ausbeutung, Arbeitszeit-Beschränkung, Erwerbslosen-Unterstützung und Fabrikaufsicht. Er schloss mit der Aufforderung zur kräftigen Unterstützung und Mitarbeit »an dem bisher Errungenen und dem noch zu Erstrebenden«.

Im Marbacher Alltag war danach von der Revolution wenig zu spüren. Das Leben ging einfach weiter. Schon bei der ersten Versammlung endete der sozialdemokratische Redner mit der Aufforderung, Ruhe zu bewahren. Ähnlich brav verhielten sich die Liberalen, die eine Versammlung ankündigten und am Schluss mahnten: »Wegen der Polizeistunde um 9 Uhr ist pünktliches Erscheinen erwünscht«. Das klingt nicht gerade revolutionär.

Der noch von der königlichen Regierung ernannte neue Oberamtmann Hermann Grimm saß weiterhin in Welzheim, trat sein Amt aber am 1. Februar 1919 an. Noch am 22. November, als der König schon zwei Wochen in Bebenhausen war, meldete der »Postillon«, dass dem ausgeschiedenen Anwalt Rath in Siegelhausen das Wilhelmskreuz verliehen worden sei, ein 1915 vom König gestiftetes Verdienstkreuz für nichtmilitärische Verdienste im Krieg. Wie es zu dieser verspäteten Mitteilung kam, lässt sich nicht mehr klären.

Ende November musste in Marbach noch eine bayerische Kavallerieeinheit mit etwa 100 Soldaten und Pferden untergebracht werden. Der »Postillon« berichtete: »Zu würdigem Empfang der heimkehrenden Krieger hat auch unsere Stadt Festschmuck angelegt. Von den Giebeln wehten Fahnen, während die Häuser mit Tannengrün, Blumen, Girlanden und Fähnchen geschmückt sind. Ein herzliches Willkommen unseren tapferen Kriegern, die die Heimat vor den Schrecken und Gräueln des Krieges bewahrt haben.« Noch war offenbar nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen, was die Niederlage in diesem Kriege bedeutete. Als wenige Tage später eine weitere Einheit anrückte, konnten nicht mehr alle Soldaten im Schulhaus untergebracht werden und mussten Einzelquartiere akquiriert werden.

Der herrschende Kohlenmangel führte dazu, dass der Eisenbahnverkehr eingeschränkt wurde. Außerdem kam es zu Stromabschaltungen an einzelnen Tagen bis zum Einbruch der Dunkelheit. Schließlich kam die Silvesternacht, in der geschossen wurde wie noch nie und »das Gejohle in den Straßen nichts weniger als den Ernst der Zeit« bekundete, wie der »Postillon« kritisierte.

In den Untergang der Hohenzollerndynastie im Reich und in Preußen wurden auch sämtliche anderen Herrscherhäuser in den deutschen Bundesländern hineingezogen. Und so verlor auch der im Grunde ganz populäre König Wilhelm II. von Württemberg seinen Thron. Dies hatte für Marbach ganz besondere Konsequenzen, weil der König mit Marbach ein besonders enges Verhältnis hatte. Schon als Thronfolger kam er 1890 hierher, um den Oberamtsarzt Dr. Schwandner, seinen Freund, zu besuchen. Im gleichen Jahr besuchte er auch die Ausstellung schwäbischer Dichter in Stuttgart, die ihn als König 1895 zu dem Brief an den Marbacher Stadtschultheißen Haffner anregte, der zur Gründung

des Schwäbischen Schillervereins und dem Bau des Schillermuseums in Marbach führte. Im Jahre 1896 ließ er sich von Stadtschultheiß Haffner mögliche Bauplätze für das geplante Museum zeigen, und nach dessen Fertigstellung im Jahre 1903 kam Wilhelm II. wiederholt in die Stadt, was für diese immer ein Festtag war. Die Bindung der Stadt an den Monarchen war so eng, dass man auch die Erlaubnis einholte, das 1908 fertiggestellte Krankenhaus »Bezirkskrankenhaus König Wilhelm« nennen zu dürfen. Die Erlaubnis wurde erteilt, und zur Einweihung kam der König wieder in die Stadt.

Diese häufigen Besuche des Königs erfüllten natürlich die Einwohner mit Stolz, wie sie andernorts auch mit Neid gesehen wurden. Im Land war Wilhelm II. sehr beliebt, und nicht einmal die württembergischen Sozialdemokraten wollten seinen Sturz. Vielmehr wurde er in den Strudel hineingezogen, den der Sturz der Hohenzollern als deutsche Kaiser und Könige von Preußen verursacht hatte. Er musste auch nicht fliehen, wie seine Kollegen in Bayern und Sachsen, vielmehr stellte ihm die revolutionäre Regierung sogar eine Schutztruppe, als er am Abend des 9. November Stuttgart verließ und nach Bebenhausen fuhr, weil er sich im Wilhelmspalais nicht mehr sicher gefühlt hatte.

Am 28. November 1918 unterzeichnete König Wilhelm II. in Bebenhausen die Abdankungsurkunde. In einem Antwortschreiben schrieb die Regierung: »Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, dass er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und dass er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen. Das württembergische Volk vergisst nicht, dass der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.« Auf diese Worte hin könnte man fragen, warum er dann überhaupt gehen musste. Aber es war eben das monarchische System, das unterging.

Aus Marbach gibt es keine Zeugnisse, dass der Verlust der königlichen Gnaden-sonne besonders zur Kenntnis genommen worden wäre. Die Zeitung berichtete ziemlich knapp über die Vorgänge im Land, bezog sie jedoch nicht auf die Stadt. Nur der Hofrat Dr. Bickes, ein führender Funktionär im Roten Kreuz, drückte in einer Versammlung der Liberalen auf die Tränendrüsen. Von ihm wird berichtet, er habe in bewegten Worten bedauert, »dass die Revolution nicht Halt gemacht habe vor dem Greis im Silberhaar, der Zeit seines Lebens nur die Wohlfahrt seines Volkes im Auge hatte«. Bei Bickes mag allerdings eine Rolle gespielt haben, dass der König ihn erst wenige Monate vorher zum Hofrat gemacht hatte. Aber auch er sprach sich nicht für einen Erhalt der Monarchie aus.

Für den einzigen damals lebenden Marbacher Ehrenbürger, Otto Güntter, den Direktor des Schillermuseums, waren die Veränderungen allerdings von einschneidender Bedeutung. Er verlor mit dem König seinen wichtigsten Förderer und zugleich den direkten Draht zur Regierung. Der König war die Nummer eins auf der Mitgliederliste des Schwäbischen Schillervereins, und nach stillschweigender Übereinkunft fungierte sein Kabinettschef als Erster Vorsitzender des Vereins. Seit 1917 wirkte in dieser Funktion Konstantin von Neurath, der am Ende seines Lebens noch zu den Angeklagten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess gehören sollte. Er wollte den Vereinsvorsitz, den er doch wegen

seiner Stellung im Dienste des Königs innegehabt hatte, abgeben und forderte Gütter, der seit längerem als »geschäftsführendes Vorstandsmitglied« gewirkt hatte, auf, jetzt auch den Vereinsvorsitz zu übernehmen. Nachdem die Ausschussmitglieder alle zugestimmt hatten, wurde Gütter Erster Vorsitzender des Schwäbischen Schillervereins. Er war jedoch so sehr ein Mann des Alten, dass er kein Verständnis für die in Weimar geleistete Verfassungsarbeit zeigte, als er im Frühjahr 1919 sagte: »Unendlich wichtiger als neue Formen des Zusammenlebens und Zusammenwirkens ist eine Erneuerung des Menschen selbst, sind Menschen, von denen die Gesundung des kranken Volkskörpers ausgehen kann, deutsche Männer und Frauen, in denen jene lebendige Kraft des sittlichen Idealismus wirksam ist, der stets die Besten unseres Volkes beseelte, vor allem unseren Schiller.« Gütter sah nicht, dass eine sorgfältig ausgearbeitete Verfassung die Voraussetzung ist für ein geregeltes Zusammenleben der Menschen in Freiheit und Menschenwürde.

Die Abdankung des Königs wirkte sich aber auch noch in ganz anderer Weise aus, und dies galt nicht nur für Marbach, sondern betraf das ganze Land. Bekanntlich war es Martin Luther nicht gelungen, die christliche Kirche als Ganzes zu reformieren. Der Streit um den rechten Glauben hatte zu schweren Kämpfen geführt, und seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 galt im Heiligen Römischen Reich der Grundsatz »cuius regio eius religio«: wer die Herrschaft hat, der bestimmt den Glauben. Dieser Grundsatz war 1648 im Westfälischen Frieden noch einmal bestätigt worden. Und so war das Herzogtum Württemberg ein rein (und streng) evangelisches Land gewesen, in dem die evangelische Kirche gewissermaßen ein Teil des Staates war und der Herzog als Notbischof ihr weltliches Oberhaupt. Bei einem Konfessionswechsel des Landesherren konnte dies zu heftigen Auseinandersetzungen führen.

Dieses Problem kannte man in Württemberg, denn 1733 nach dem Tode von Herzog Eberhard Ludwig folgte diesem sein Vetter Karl Alexander, der in kaiserlichen Diensten katholisch geworden war, weil er ursprünglich keine Aussicht auf die Thronfolge gehabt hatte. Noch zu Lebzeiten Eberhard Ludwigs hatte er in den sogenannten Religionsreversalien auf jede Veränderung der konfessionellen Verhältnisse verzichtet. Während seiner Regierungszeit und der seiner Söhne stand der Geheime Rat an der Spitze der Kirche, bis 1797 wieder ein evangelischer Fürst auf den Thron kam. Doch im folgenden Jahrzehnt, es war die Zeit Napoleons, gewann Württemberg große Gebiete mit katholischer Bevölkerung, von der ein Konfessionswechsel nicht mehr erzwungen werden konnte. Jetzt musste man Kompromisse finden, musste sich arrangieren.

Als in den 1890er Jahren deutlich wurde, dass der evangelische König Wilhelm II. nicht mehr mit einem männlichen Nachkommen rechnen konnte und der katholische Herzog Albrecht aus einer Seitenlinie sein Nachfolger werden würde, wurde 1898 ein Gesetz verabschiedet, das eine Regelung vorsah für den Fall, dass der König nicht mehr in der Lage sein würde, sein Bischofsamt auszuüben. Welche Stellung jedoch die evangelische Kirche in einer Republik einnehmen sollte, das musste erst noch ausgehandelt werden.

In dieser Situation waren jetzt aber auch die einzelnen Gemeinden gefordert. Hier musste geklärt werden, wie man sich die Zukunft der Kirche vorstellte und

welche Partei bereit war, in der Gesetzgebung diese Vorstellungen zu verwirklichen. Vier Wochen nach der Abdankung des Königs fand nach dem Sonntagsgottesdienst in der Stadtkirche eine Versammlung statt, zu der alle Männer eingeladen waren. Ohne Bezug auf die politischen Parteien sollte erörtert werden, welche Stellung die Kirche in Zukunft haben sollte und welche Aufgaben für ihre Mitglieder aus der augenblicklichen Lage entstünden. Dabei forderte Dekan Vollmer die evangelische Männerwelt auf, sich enger zusammenzuschließen, um die Interessen der Kirche zu wahren. Für Frauen war am darauffolgenden Sonntag eine eigene Versammlung vorgesehen, nachmittags um 2 Uhr, damit die Frauen nach dem Vormittagsgottesdienst zum Kochen nach Hause gehen konnten. Nach weiteren Versammlungen im Bezirk beschloss eine Männerversammlung zum Beginn des neuen Jahres eine Resolution, die im »Postillon« abgedruckt wurde:

»Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Erklärungen der politischen Parteien über ihre Stellung zu der Trennung von Staat und Kirche. Sie begrüßt es, dass der Bauern- und Weingärtnerbund, die deutsche demokratische Partei und die Württembergische Bürgerpartei für die Anerkennung der Kirche als öffentlich-rechtliche Korporation, für eine gerechte und wohlwollende Auseinandersetzung über das Kirchengut und für Erhaltung des konfessionellen Religionsunterrichts in den Schulen eintreten. Dagegen hat der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei auf eine entsprechende Anfrage geantwortet, dass alle Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke abzuschaffen und die Kirchen nur als private Vereinigungen zu betrachten seien, dass die Schule eine öffentliche Einrichtung sei und die für den konfessionellen Religionsunterricht erforderlichen Einrichtungen von den religiösen Gemeinschaften zu schaffen seien.« Damit waren die Positionen klar und die Versammlung konnte ihre Konsequenzen daraus ziehen.

Das tat sie auch, denn die Resolution ging weiter: »Die Versammlung stellt mit Bedauern fest, dass dieses sozialdemokratische Programm die Entfaltung der Kräfte des Christentums im Volksganzen unmöglich machen und dazu führen müsste, dass viele Kinder ohne eine Kenntnis der Geschichte Jesu aufwachsen. Es droht also eine große Gefahr und es ist eine heilige Pflicht für christlich gesinnte Männer und Frauen, der Wahl nicht fernzubleiben und ihre Stimme nur einer solchen Partei zu geben, welche die Kirche nicht auf die Stufe eines Privatvereins herabdrücken und den Religionsunterricht nicht aus dem Lehrplan beseitigen will.« Von katholischer Seite gab es in Marbach keine Reaktionen, da es in Marbach noch gar keine katholische Gemeinde gab. Anders war die Lage für die Methodisten, die immer Außenseiter gewesen waren und jetzt auf Gleichberechtigung drängten. Ihre Prediger sollten landeskirchlichen Pfarrern gleichgestellt werden. In Gremien mit kirchlicher Beteiligung sollten künftig auch freikirchliche Vertreter beteiligt sein. Und an den Volksschulen, die ja alle Konfessionsschulen waren, sollten künftig auch Methodisten unterrichten dürfen. Zugleich mit diesen Forderungen ließ man von methodistischer Seite wissen, dass sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die SPD bereits Zustimmung signalisiert hätten. Diese Stellungnahmen erfolgten natürlich ganz speziell im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen.

Ziel der Revolution war die Schaffung eines demokratischen Staatswesens. Kennzeichen eines solchen Staatswesens war eine Verfassung, die staatliches Handeln nach festen und immer gleichen Regeln ermöglichte. Um ein solches Instrument auf demokratischem Weg zu schaffen, brauchte man Körperschaften, deren einzige Aufgabe es war, eine Verfassung auszuarbeiten.

Im Januar 1919 wurde deshalb zuerst eine verfassungsgebende Landesversammlung gewählt und eine Woche später eine Nationalversammlung. Gewählt werden sollte nach dem Verhältniswahlssystem, das als das gerechteste galt. Zum ersten Mal waren alle Männer und Frauen über 20 stimmberechtigt, weshalb die Zahl der Wahlberechtigten auf eine vorher nie erreichte Höhe stieg. Die Parteien mussten die vielen Neu-Wähler und vor allem die Wählerinnen dazu bringen, an der Wahl überhaupt teilzunehmen und sie dazu noch für die jeweils eigene Partei zu gewinnen. Diesen Zielen dienten vor hundert Jahren hauptsächlich Versammlungen und Zeitungsanzeigen, so dass der Wahlkampf damals wesentlich anders aussah als heute.

Der »Postillon« war in dieser Auseinandersetzung keineswegs neutral. In einem redaktionellen Beitrag wurde die Arbeit der neuen DDP (Deutsche Demokratische Partei) gelobt, die aus der Vereinigung der Volkspartei mit der Nationalliberalen Partei entstanden war. Die DDP wurde folgendermaßen

Oeffentliche Versammlung!
Am Sonntag, 5. Jan. 1919, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, spricht im Kronensaal
Dr. Heuß von der
Deutschen Demokratischen Partei.
Männer, Frauen und Jugend erscheint vollzählig!
Deutsche Demokratische Partei.
Ortsgruppe Marbach.

Frauen-Versammlung!
Am Donnerstag, 9. Januar, abends 7 Uhr, spricht im Kronensaal
Frl. Dr. med. Hölder von der
Deutschen Demokratischen Partei.
Auch Männer sind eingeladen. — Kein Eintrittzwang.
Deutsche Demokratische Partei.
Ortsgruppe Marbach.

Anzeigen im »Postillon« vom 4. Januar 1919.

charakterisiert: »In dieser Verwirrung, die das alte Regime verschuldet und das neue gesteigert hat, sucht der schwäbische Geist nach einer Führung auf bürgerlich-demokratischer Linie und verlangt von der neuen Partei mit der 48er Tradition und dem alten ernsten Liberalismus eine soziale, aber nicht sozialistische Richtung.« Die DDP, für die auch der spätere Bundespräsident Heuss in Marbach sprach, übertraf alle anderen Parteien in der Zahl der Anzeigen und war sehr um Abgrenzung gegenüber anderen Parteien bemüht. Aus einer Anzeige mit der Überschrift »Brief an eine Landfrau« sei ein Punkt zitiert: »Wenn du willst, dass es noch eine Kirche gibt und einen Pfarrer, der deine Kinder tauft, die Brautpaare traut und die Toten einsegnet, so musst du wählen. Denn es gibt Leute, die allen Pfaffen, wie sie sie heißen, den Untergang geschworen haben. [...] Und somit auf Wiedersehen am Wahltag bei der deutschen demokratischen Partei.«

Gegen die DDP wandte sich eine Einsendung: »Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte! Leider haben auch wir den Sturm spüren müssen, den die jetzige DDP durch die mit ihr jetzt verkörperten Kapitalisten und Kriegstreiber als Wind gesät haben. Darum wählen wir sozialdemokratisch und nicht demokratisch. Einige nicht sozialdemokratische Arbeiter.«

Als eine reine Interessenvertretung erscheint der württembergische Bauern- und Weingärtnerbund, der in einer Anzeige das Verhalten der sogenannten Mehrheitsparteien im alten Reichstag beklagte: »Bei den wichtigsten Fragen, wie Höchstpreise, Milderung der Zwangsvorschriften usw. nahmen die Mehrheitsparteien, die Demokratie, die Sozialdemokratie und das Zentrum oft in schroffer Weise Stellung gegen die Anträge des Bauernbundes, die vielfach rücksichtslos niedergestimmt wurden.«

Weniger konkret waren die Töne, die von der konservativen württembergischen Bürgerpartei kamen. Aus zwei Anzeigen sei zitiert; zuerst ein Vorspruch zu einem Programm: »Des Vaterlandes heilige Not pocht in unserem Herzen und rüttelt an unserem Gewissen. Unser stolzes deutsches Reich, das Lebenswerk unseres Bismarck, ist zertrümmert. Unordnung, Klassenherrschaft und Gewalt triumphieren.« Eine Woche später konnte man lesen: »Die württembergische Bürgerpartei sammelt diejenigen Kreise, welche auch heute noch den Mut haben, sich zu treuer Vaterlandsliebe und zu einem lebendigen, praktischen Christentum zu bekennen. Sie will den wachsenden Händlergeist bekämpfen, welcher den Lohn werktätiger Arbeit zu verringern trachtet, die wahre Sozialisierung hemmt und den Mittelstand preisgibt.«

An diesem Wahlkampf durch die Presse nahmen die Sozialdemokraten kaum Anteil. Vermutlich setzten sie mehr auf persönliche Begegnungen. Nur am Tag vor der ersten Wahl, der zur verfassunggebenden Landesversammlung, erschien eine Anzeige der SPD, aus der noch zitiert sei: »Habt acht vor falschen Freunden! Die Religion ist in Gefahr! schreien sie und haben vier Jahre lang trotz ihrer Religion den Massenmord verherrlicht und Elend über Millionen von Menschen gebracht. Nicht gegen die Religion, sondern gegen den Missbrauch der Religion wendet sich die Sozialdemokratie [...] Darum ihr Bürger und Frauen, lasst euch nicht betören. Wer die Schaffung eines dauernden Friedens, eines freien Volkes, eines wahren Christentums will, der wähle sozialdemokratisch!«

Das absolut Neue bei diesen Wahlen war jedoch, dass zum ersten Mal Frauen wählen durften. Auf allen Ebenen und wo immer gewählt wurde, waren Frauen bis dahin von der Wahl ausgeschlossen. Die Forderung nach einer Beteiligung von Frauen an allgemeinen Wahlen wurde in Europa erstmals 1791 während der französischen Revolution erhoben. Die Verfasserin, Olympe de Gournay, wurde zwei Jahre später enthauptet. Im Jahre 1832 scheiterte im britischen Parlament zum ersten Mal ein Gesetzesantrag, der Frauen das Wahlrecht verleihen wollte. In Deutschland vertraten im 19. Jahrhundert bürgerliche Schriftstellerinnen wie Hedwig Dohm und Luise Otto-Peters die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen, fanden jedoch keine große Resonanz. Die Sozialdemokraten nannten 1891 erstmals in einem Parteiprogramm das Wahlrecht für Frauen als eines ihrer Ziele.

Jetzt erließ der Rat der Volksbeauftragten zur Vorbereitung der Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung einen Aufruf, in dem es hieß: »Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.« Damit hatten nun plötzlich Millionen von Frauen ein Recht, das die Mehrheit von ihnen gar nicht gewollt hatte, und sie stellten eine Macht dar, auf die sie nicht vorbereitet waren. Zwar herrschte in Württemberg seit 1649 Schulpflicht für Jungen und Mädchen, die aber für Mädchen gewöhnlich auf sieben Jahre beschränkt war. Sie konnten dann genügend Schreiben, Lesen und Rechnen, um als tüchtige Frauen durch das Leben zu kommen, sei es verheiratet als Hausfrauen und Mütter, sei es unverheiratet als Dienstmägde. Höhere Bildung für Mädchen gab es in Marbach seit 1899 in einer privaten Höheren Töchterschule, in der jedoch nicht die Wissensvermittlung die Hauptsache war, sondern die Pflege von Weiblichkeit und Anstand. In die Marbacher Realschule wurden 1911 erstmals Mädchen aufgenommen.

Das philosophisch und juristisch begründete Wahlrecht für Frauen brachte für die bestehenden politischen Parteien große Probleme. Die Mehrzahl der nun stimmberechtigten Frauen hatte kaum eine Vorstellung von der Bedeutung der anstehenden Wahlen und den Problemen, die durch diese gelöst werden sollten. Weil aber jede Stimme in der Wahlurne das gleiche Gewicht hatte, war Aufklärung nötig. Die Frauen mussten davon überzeugt werden, dass ihre Stimmen zählten, dass sie also überhaupt zur Wahl gingen, und dass sie dann auch noch die unterschiedlichen Ziele der Parteien erkannten und sich für eine entschieden.

Über das Geschehen in Marbach sind die Berichte im »Postillon« die Hauptquelle. Da diese aber hauptsächlich Zusammenfassungen sind und durch Männer verfasst wurden, so kann nicht erwartet werden, dass die Autoren dem Thema Frauenwahlrecht besondere Aufmerksamkeit schenkten.

Vom Wahlrecht für Frauen war in Marbach bereits in der ersten von der SPD einberufenen Volksversammlung am 12. November 1918 die Rede. Da erschien das Thema bei der Aufzählung von sozialdemokratischen Forderungen. Und es gab in Marbach durchaus politisch interessierte Frauen, denn in den Versammlungsberichten der folgenden Wochen ist wiederholt von anwesenden Frauen die Rede. Nach der Vereinigung der Bürgerpartei mit den Nationalliberalen zur

Wo bleibt Jhr?!

Es darf nicht mehr heißen: „Ich will nichts von Politik wissen, nichts von einer Partei!“ Politik bedeutet heute persönlichen und wirtschaftlichen Schutz eines jeden Einzelnen gegen Unordnung und Umsturz. Nicht alle können sich tätig an der politischen Arbeit beteiligen, aber jeder Deutsche ob Mann oder Frau muß der Partei, die in seinem Sinne arbeitet, beitreten und diese in der heutigen schweren Zeit mit allen Mitteln unterstützen. Nur so kann die Werbe- und Parteiarbeit für alle erfolgreich durchgeführt werden. Deshalb ihr

Bürger, Bürgerinnen ob alt oder jung erklärt sofort Eueren Eintritt in die

Deutsche Demokratische Partei.

Anmeldungen nimmt Präzeptor Weber in Marbach a. N. entgegen.

Anzeige im »Postillon« vom 21. Dezember 1918.

DDP wurden in deren achtköpfigen Ausschuss auch zwei Frauen berufen. Beide erhielten ihre Stellung allerdings durch ihre Ehen, denn aufgeführt wurden sie in der Zeitung als Frau Kaufmann Bäurle und Frau Amtsrichter Cleß Witwe.

Die erste Wahl nach dem neuen Wahlrecht war die zu einer »gesetzgebenden württembergischen Landesversammlung«, die am 12. Januar 1919 stattfand. Dafür gab es in Marbach 1668 Wahlberechtigte. Der Anteil der Frauen ist nicht überliefert, doch es ist anzunehmen, dass ihre Zahl die der Männer leicht übertrifft hat, also über 834 lag. Um diese Frauenstimmen wurde hart gekämpft. Zwischen dem 18. Dezember und dem 9. Januar fanden vier Versammlungen speziell für Frauen statt, wobei nicht immer klar ist, wer als Veranstalter dahinter stand. Auffallend ist, dass drei der vier Rednerinnen den Dokortitel trugen und unverheiratet waren; die vierte, Frau Pfarrer Giese, trug, lange vor der Frauenordination, den Pfarrertitel ihres Ehemannes.

Wie verschieden die Bemühungen um die Frauenstimmen waren, lässt sich an zwei Beispielen zeigen. Am 20. Dezember 1918 erschien ein Beitrag im »Postillon« mit dem dicken Titel »An die Marbacher Frauen!«. Der Text begann mit folgendem Satz: »Lasst eine Marbacher Frau, die das Geschick weit gen Norden geführt hat, in der Not unseres Vaterlandes auch ein kurzes Wort sagen.« Diese Frau denkt dann »an mein gutes altes Marbach, das so gesegnet ist unter den deutschen Städten, weil es Schiller, den reinen, herrlichen, geistigsten Deutschen zu seinen Kindern zählen darf«. Diesem Marbach-Bild hält sie gegenüber die »Berliner Frauen, die sich oft so unwürdig den schlimmsten Feinden des eigenen Volkes, die aus seinen eigenen Reihen hervorgehen, anschließen, ohne zu wissen, dass sie in ihr Verderben rennen«. Ihnen, den Berlinerinnen, möchte sie zurufen: »Dort [in Marbach] verehren die Frauen Schiller, sie lernen von ihrem größten Mitbürger, der ihnen zuruft über alle Zeiten hinweg: der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben!« Daraus leitet sie dann für die Marbacher Frauen eine Wahl-Pflicht ab. Sie behauptet, dass »Feinde von innen und von außen am Werk sind, unser liebes, mit so teurem Blut verteidigtes Vaterland in den Schmutz zu ziehen und es in Not und Schmach für immer zu vernichten«.

Sie zählt dann auf, weshalb wirklich alle Frauen zur Wahl gehen sollen und kommt dann wieder auf Schiller: »Jetzt können wir zeigen, dass wir etwas von Schillers deutschem Geist in uns aufgenommen haben, dass sein Geist heute in uns lebendig ist, der uns aufruft, unsere Pflicht an unsrem Volk zu tun in echt deutschem Geist.« Und sie schließt ohne konkrete Wahlempfehlung: »Schillers Geist leite Euch! Dann wählt Ihr auch echt deutsch und würdig des herrlichen Sohnes Eurer Stadt!« Viel politische Information war aus diesem Erguss nicht zu gewinnen, und wie eine echt deutsche Wahl aussehen sollte, das verriet die Verfasserin, von der wir nur die Initialen »J.U.« haben, auch nicht.

Konkreter und auch politischer dürften die Reden der Frauen gewesen sein, die in Marbach sprachen. Den Anfang machte Dr. Johanna Mellinger, die bis zum Frühjahr 1918 als Bibliothekarin im Schillermuseum gearbeitet hatte. Sie sprach über »Die Bedeutung des Frauenwahlrechts«, Dr. Geffeken erläuterte

Oeffentliche Versammlung.

Am Samstag, den 18. Januar, nachmittags $\frac{1}{2}$ 5 Uhr,
im Kronensaal

Redner: Redakteur u. feith. Reichstagsabgeordneter **Wilh. Keil.**
Männer, Frauen und Jugend erscheint vollzählig!

Sozialdemokratische Partei Württembergs.
Württembergischer Bauern- u. Weingärtnerbund.

Für die außerordentlich gute Wahlbeteiligung am letzten Sonntag allen Wählern und Wählerinnen herzlichen Dank.

Da die allerwichtigsten Fragen durch die Reichsversammlung entschieden werden, ist es dringend notwendig, am nächsten Sonntag fest zusammenzuhalten und den vereinigten Wahlzettel der Württembg. Bürgerpartei und des Württembg. Bauern- und Weingärtnerbunds mit den altbewährten Namen

Kraut, Vogt u. f. w.
abzugeben.

Gutspächter **Hornung.**

Anzeigen im »Postillon« vom 17. Januar 1919.

»Politische Grundbegriffe«, und das Thema der Pfarrfrau Giese war »Wahlrecht und Wahlpflicht der Frauen«. Am Nachmittag des Neujahrstages 1919 fanden gleich zwei Versammlungen statt, zunächst um 3 Uhr im »Kronensaal« eine Versammlung der SPD, bei der Anna Bloss angekündigt war. Eine halbe Stunde später sollte im »Bärensaal« die schon erwähnte Rede von Dr. Geffeken beginnen. Dazu schrieb der »Postillon«: »Es soll durch den Vortrag den Frauen Gelegenheit gegeben werden, sich Aufklärung zu verschaffen über so manche politische Frage, deren Beantwortung vor den bevorstehenden Wahlen wohl jeder Frau am Herzen liegt. Da uns auf dem Lande nur selten die Möglichkeit gegeben ist, uns in dieser Beziehung Klarheit zu verschaffen, wäre es ganz besonders wünschenswert, wenn Frauen jeden Alters und jeden Standes sich reichlich beteiligen würden. Anschließend an den Vortrag soll eine Besprechung stattfinden. Es wäre sehr wertvoll, wenn durch die Aufstellung verschiedener Fragen eine lebhaftere Diskussion entstände.«

Ausführlich berichtete der »Postillon« über die SPD-Versammlung, vielleicht weil als Rednerin die Frau des neuen Staatspräsidenten Wilhelm Bloss angekündigt war. Dass die Partei eine so bedeutende Frau, die sich als Frauenrechtlerin einen Namen gemacht hatte, nach Marbach schicken wollte, zeigt, wie wichtig die sozialdemokratische Parteiführung das Marbacher Wahlergebnis nahm. Anna Bloss war dann aber verhindert, und für sie sprach Christine Evert vor »einer dicht gedrängten Zuhörerschaft« über »Frauenwahlrecht und Frauen-Aufgaben«. Auch sie nannte das Wahlrecht ein Geschenk für die Frauen, die sich nun dieses Geschenkes würdig zu erweisen hätten. Hauptsächlich Gewinn von der politischen Gleichberechtigung der Frau hätten die Arbeiterinnen und Bauernfrauen, dann aber auch die weiblichen Angestellten aller Berufe. Im Krieg hätten die Frauen Männerarbeit ersetzen müssen, in Zukunft sei es ihre Aufgabe, an politischen und sozialen Tagesfragen mitzuarbeiten. Ihre folgende Darstellung drängender Tagesfragen begann die Rednerin geschickt mit den Gebieten, die den Frauen besonders wichtig sein mussten, weil sie ihnen nahelagen. Sie begann mit der Verbesserung der Wohnverhältnisse, kam dann zum Hebammenwesen und zur Verbesserung und Vermehrung von Entbindungs- und Säuglingsanstalten. Verbesserungen versprach sich Evert von der Mitwirkung von Frauen in der Schule, in der Finanz- und Justizverwaltung. Als weitere Gebiete, auf denen die Mitwirkung von Frauen segensreich sein werde, nannte sie die Wohlfahrtspflege, die vom Staat übernommen werden müsse. Über den Schluss der Rede schrieb die Zeitung: »Zusammenfassend richtete die Rednerin an die anwesenden Frauen die Aufforderung, es als ihre Aufgabe und ihre Pflicht anzusehen, in allen politischen Angelegenheiten mitzuarbeiten, sich gleiche Rechte wie die Männer zu sichern und sich der Partei anzuschließen, in welcher die Gleichberechtigung der Frau am meisten gewährleistet ist, denn die Politik verderbe die Frau nicht.«

Der Bericht erwähnt Schiller mit keinem Wort, nennt aber dafür konkrete Gegenstände, mit denen sich die Politik befassen müsse und geht davon aus, dass mindestens die anwesenden Frauen auch zur Wahl gehen würden.

Bis zum letzten Tag wurde mit Zeitungsanzeigen leidenschaftlich um Wählerstimmen gerungen. Bei der ersten Wahl, jener zur verfassungsgebenden Landesversammlung, war dann die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch. Von den

1668 Wahlberechtigten in Marbach gaben 1564 ihre Stimmen ab, das waren 93,99 Prozent. Selbst wenn sämtliche Männer gewählt hätten, dann müssen immer noch mehr als 700 Stimmen von Frauen abgegeben worden sein, die erstmals dazu berechtigt waren.

Bei diesen ersten beiden Wahlen, die nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt wurden, mussten die Wähler Parteilisten ankreuzen, auf deren Zusammensetzung nur die Mitglieder oder gar nur der Vorstand der jeweiligen Partei Einfluss hatten. Wenn wir aber nach den Marbacher Verhältnissen fragen, wenn wir wissen wollen, wie es am Ort mit dem passiven Wahlrecht für Frauen aussah, dann müssen wir noch weiter ins Jahr 1919 hineingehen bis zu der Wahl zum Gemeinderat, die am 18. Mai 1919 stattfand. Damals waren in Marbach 16 Sitze zu vergeben, die nach dem d'Hondtschen System den vier angetretenen Gruppierungen zugeteilt wurden. Vorschriften, wie diese Gruppierungen zu ihren Kandidatenlisten kamen, gab es nicht. Und hier zeigte sich nun, dass die maßgebenden Marbacher Lokalpolitiker mit dem Frauenwahlrecht ihre Schwierigkeiten hatten. Unter den 43 Namen, die auf der amtlichen Bekanntmachung zur Wahl aufgeführt wurden, befand sich ein einziger Fraurname, nämlich der von Emma Arnold. Sie war 43 Jahre alt, unverheiratet und betrieb seit 1907 in der Marktstraße ein »Putzgeschäft«, also eine Art Hutladen. Aufgestellt hatten sie nicht die Liberalen und nicht die Sozialdemokraten, sondern ausgerechnet die konservative Bürgerpartei. Emma Arnold erhielt bei der Wahl mit 356 von allen Gewählten die geringste Stimmenzahl und hatte ihren Sitz nur dem Auszählungsmodus zu verdanken, weil die Bürgerpartei mit dem Bauern- und Weingärtnerbund ein Wahlbündnis eingegangen war. Die einzige Frau im Marbacher Gemeinderat verlor ihren Sitz aber bereits bei der nächsten Wahl drei Jahre später. Danach dauerte es bis 1968, ehe mit Liesel Bürkle erstmals wieder eine Frau in das Gremium einzog.

Mit den beiden Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen wurde die Revolution in geordnete Bahnen gelenkt. Die Landesversammlung für Württemberg trat am 23. Januar 1919 zusammen. Eine Verfassungsreform hatte schon 1906 wichtige Vorarbeit geleistet, deshalb konnte bereits am 24. April die neue Verfassung beschlossen werden. Nach Ablauf einiger Fristen wurde sie im Ordenssaal des Ludwigsburger Schlosses verkündet, am gleichen Ort, an dem König Wilhelm I. hundert Jahre vorher die erste Verfassung für das Königreich verkündet hatte.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung hatte es schwerer. Weil in Berlin der linksradikale Spartakusbund mit Gewalt eine Räterepublik nach russischem Vorbild durchsetzen wollte, wurde die Nationalversammlung nach Weimar einberufen, um sie dem Druck von außen zu entziehen. Gleichzeitig knüpfte man damit an den Geist der deutschen Klassik an und betonte die Distanz zum Militarismus der untergegangenen Monarchie. Erschwert wurde die Verfassungsarbeit noch durch die gleichzeitig laufenden Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Die amtierende Reichsregierung musste die harten Bedingungen noch vor dem Abschluss der Verfassungsarbeit unterschreiben. Dass dabei kein Mitglied der bisherigen Obersten Heeresleitung beteiligt wurde, hat sich später als schwerer Fehler erwiesen.

Die Einwohnerschaft von Marbach war an all dem nur durch ihre Stimmabgabe beteiligt. Württembergs früherer König starb drei Jahre später, und an dem Trauerzug zum Alten Friedhof in Ludwigsburg nahm mit dem Staatspräsidenten an der Spitze die ganze republikanische Regierung Württembergs teil. Der frühere Kaiser lebte noch 23 Jahre im holländischen Exil. Dort erlebte er 1940 noch den deutschen Einmarsch, der jedoch an seinem abgeschiedenen Dasein nichts änderte. Von seinem Tod im Juni 1941 und der Beisetzung berichtete die »Marbacher Zeitung«, wie der »Postillon« jetzt hieß, in drei Ausgaben. Ein Vierteljahr später wurde das Blatt ein Opfer des Krieges und wurde eingestellt.

Quellen und Literatur

- Der Postillon. Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Marbach, Juli 1918 bis Februar 1919.
Marbacher Zeitung, Juni 1941.
Hermann Schick: Geschichte der Stadt Marbach, Bd. 2, Marbach 1992.
Hermann Schick: Marbacher Frauenschicksale um 1900, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 49 (1995) S. 129–146.